



Volker Beck, ehemaliger religionspolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion, sprach auf dem Platz der Alten Synagoge. FOTO: M. BAMBERGER

# Wo die Synagoge stand

Die Israelitische Gemeinde erinnerte an die Einweihung des Gotteshauses vor 150 Jahren

Von Anja Bochtler

**FREIBURG.** Wie sah sie aus, die in der Pogromnacht 1938 zerstörte Synagoge, als sie noch an ihrem zentralen Ort stand? Bei einer Laserinstallation am Platz der Alten Synagoge am Mittwochabend waren Umriss des Gebäudes zu sehen. Das war Teil einer Veranstaltung der Israelitischen Gemeinde, die an die Einweihung der Synagoge vor 150 Jahren erinnerte. Mit dabei waren auch prominente Gäste wie Michael Blume, der Beauftragte gegen Antisemitismus der Landesregierung, und der frühere Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck.

Am Nachmittag hatte Bergit Fesenfeld zufällig gesehen, wie die Veranstaltung auf dem Platz der Alten Synagoge vorbereitet wurde. Jetzt, am Abend, ist sie wieder da. „Es ist mir ein Herzensanliegen, immer wieder an die Geschichte zu erinnern“, sagt sie. Umso mehr, weil sie erst mit ungefähr 30 Jahren erfahren hat, dass ihr Großvater als Propaganda-Fotograf für die Nationalsozialisten gearbeitet hatte. Genaue hinschauen und Aufmerksamkeit wecken: Das gelingt durch das eindrucksvolle Spektakel der Laserprojektionen,

auch wenn am Abend nicht mehr so viele am Platz der Alten Synagoge vorbeikommen. Doch Bergit Fesenfeld hat schon einigen erklärt, was hinter dem Ganzen steckt. Informieren will auch der neue Audiowalk „Schalom Freiburg“, der davor in der Neuen Synagoge der Israelitischen Gemeinde vorgestellt wurde. Er wurde über das Freiburger Stadtjubiläum finanziert. Studierende haben mit der Gemeinde und einem Team von „Past-at-present“ aus Berlin 28 Kapitel und sechs Interviews zur jüdischen Geschichte Freiburgs zusammengestellt. Alle können kostenlos heruntergeladen und angehört werden. Natürlich ist auch der Platz der Alten Synagoge dabei.

In seinem Grußwort dort betont Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach, seit der Neugestaltung des Platzes habe man schmerzhaft lernen müssen, dass nicht alle sorgsam mit dem Erinnerungsort umgehen. Eine der Gegenmaßnahmen als Reaktion auf die „Fehlentwicklungen“, ein Bronzemodell der früheren Synagoge, werde bald enthüllt. Einer, der solche Diskussionen interessiert verfolgt, ist Michael Blume, der Landesbeauftragte gegen Antisemitismus. Überall erwähne er beim Thema Antisemitismus immer Freiburg, erzählt er: Freiburg sei ein Beispiel dafür, dass Antisemitismus gerade

auch ein Problem der Wohlhabenden, Gebildeten sei. Ein Beispiel dafür, dass es in der Mitte der Gesellschaft Hass gab und weiterhin gebe. Das würden viele nicht wahrhaben wollen. Freiburg sei im Nationalsozialismus die Stadt des Philosophen und Uni-Rektors Martin Heideggers gewesen, er habe die Nazi-Ideologie fest etabliert.

An einem Ort wie dem Platz der Alten Synagoge entscheide sich, ob man die Verbrechen der Geschichte in die Stadt integriere oder auf ihren Spuren herumtrampelte, sagt Volker Beck, der inzwischen Lehrbeauftragter am Centrum für Religionswissenschaftliche Studien in Bochum ist. Es müsse klar sein, dass Veranstaltungen mit „Hetze gegen Israel“ dort keinen Platz haben dürften – damit beziehe er sich auf eine Veranstaltung der Initiative „Palästina spricht“, die im August vom Verwaltungsgericht dort erlaubt worden war. Er plädiert dafür, zu handeln statt Sonntagsreden zu halten: Zum Beispiel müsse bei jüdischen Kontingentflüchtlingen genau wie bei Spätaussiedlern ihre frühere Arbeitsleistung in der ehemaligen Sowjetunion bei der Berechnung der Rente berücksichtigt werden.

Audiowalk unter <https://schalomfreiburg.de>

## BRIEFE AN DIE BZ

### ABENDSPIELVERBOT FÜR SC-STADION

#### Übergriffige Äußerungen der Befürworter, auch der politischen Vertreter

Zum Bericht „SC Freiburg darf im neuen Stadion nicht abends spielen“ (BZ vom 16. September) sowie weiteren Texten zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim in einem Eilverfahren.

Mit Erleichterung und Zustimmung erfahre ich von der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs zugunsten der klagenden Anwohnerinnen und Anwohner. Immer wieder mussten sie erfahren, dass übermächtige Kräfte gegen Umweltschutzinteressen, Sicherheitsbedenken,

Befürchtung von Lärm- und Verkehrsbelästigung im Stadtteil Mooswald das neue SC-Stadion planen und errichten. Selbst habe ich als Anwohnerin die Infoveranstaltungen miterlebt und oft genug dort übergriffige Äußerungen der Befürworter, auch der politischen Vertreter, vernommen müssen; rücksichtslos wurden Tatsachen geschaffen und Bedenken zur finanziellen Verpflichtung der Stadt weggeschwemmt. Der Bürgerentscheid hatte keine faire Abstimmungsabgabe: Mit allen Mitteln sollte eine Großsportstätte inner-

halb Freiburgs realisiert werden – andere Standorte und alternative Gestaltung vor Ort abgetan! Nun hat Mannheim wenigstens eine kleine Erleichterung für die Gesundheit und Lebensqualität der Mooswälderinnen und Mooswälder geschaffen: Anwohnerinteresse stellt der Verwaltungsgerichtshof in der Einschränkung der Spielzeiten über das Freizeitvergnügen im Massenevent verbunden mit Geschäftsinteresse des Profifußballs. Nebenbei: für mich das passende Zeichen in Corona-Zeiten! **Angelika Kirchhoff, Freiburg**

#### Armseliges Verhalten dieser verbitterten Zeitgenossen

Mich würde interessieren, wer diese Menschen sind, die vor Gericht gezogen sind.

Was geht in jemandem vor, der nicht mit der demokratischen Entscheidung der Bürger von Freiburg umgehen kann?

Was für ein armseliges Verhalten dieser verbitterten Zeitgenossen, mit der Brech-

stange dem Verein, der Stadt, den Bürgern Freiburgs und allen demokratisch denkenden Menschen ihren Willen aufzuzwingen.

Ein großer Verlust für die Stadt und die Region. Eine Lachnummer, die über die Region hinaus eine negative Wirkung erzielt bei möglichen Sponsoren.

Chapeau, liebe Stadiongegner. Sie haben einen wertvollen Beitrag geleistet, der nicht nur eine Menge Geld vernichtet, sondern einen immensen Schaden für die Stadt und die ganze Region bedeutet.

Ich hoffe sehr, das Urteil wird kassiert, und sie werden die Kosten der Verfahren tragen müssen. **Andreas Leuwer, Teningen**

#### So viel Bosheit und Rechthaberei

Über so viel Bosheit und Rechthaberei kann ich nur den Kopf schütteln.

Wegen maximal fünf Abenden im Jahr dieser Aufstand.

Hauptsache, die Gerichte beschäftigt und den Anwälten das Geld hinterher geschmissen.

Vielleicht kann sich ja der eine oder andere dabei profilieren.

Ich gehe doch davon aus, dass die Klägerinnen und Kläger selbstverständlich im Sommer nach 20 Uhr keine Grill-, Geburtstags- oder sonstige Feste auf ihrem Grundstück feiern und – falls sie Kinder haben – sich diese nach 20 Uhr und sonntags zwischen 13 und 15 Uhr im Hause befinden.

**Isolde Brandstädter, Breisach**

#### Schließlich gab's einen Bürgerentscheid

Billiges Bauland erstanden und jetzt gegen alles klagend. Und damit dem SC und den vielen Fans den Spaß verderben. Das sind eine Handvoll egoistische Verhinderer, die von Demokratie noch nie was gehört haben! Schließlich gab's einen Bürgerentscheid. **Rolf Mandel, Kirchhofen**

### SCHULSCHWIMMEN

#### Es geht, wenn man will ...

Zum Bericht „Schüler können nicht schwimmen“ plus Kommentar „Die Profis nass gemacht“ (BZ vom 18. September).

Vielen Dank für Ihren Artikel und den Kommentar im Münstereck. Es ist erschreckend, wie die Stadt seit Jahren die Situation mit den Schwimmbädern ausstutzt, aber gleichzeitig jammert, dass die Kinder nicht mehr schwimmen können!

Die FT und Merzhausen haben bereits seit Juni unter Pandemiebedingungen wieder Schwimmkurse. Es geht, wenn man will ... **Monika Cordes, Kirchzarten**

### FREIZEITBELASTUNGEN

#### Es wird gesungen und die Nachtruhe missachtet

Zu den Berichten „Auflagen für Airbnb rechtens“ zum Thema Ferienwohnungen (BZ vom 23. September) sowie „Die grüne Oase ächzt“ über die Freizeitbelastung im Seepark-Areal (BZ vom 22. September).

Beim Weiterklicken auf andere Zeitungen kam auch das Thema auf, dass Städte wie Amsterdam unter anderem völlig überlaufen sind und zu viele Touristen zu viel Lärm, Müll und Belastung für die Anwohner mit sich bringen. Hier in der Reiterstraße erlebe ich leider das gleiche, nur dass es Anwohner sind, die die Reiterstraße als Querweg nach Vauban nehmen. Sie unterhalten sich völlig ungeniert laut, als

wären sie alleine. Wenn sie mit dem Rad fahren, haben sie oft auch einen Lautsprecher dabei – Aldi und Lidl schmeißen einem die ja auch grad so nach –, und es wird gesungen und einfach die Nachtruhe missachtet.

In Amsterdam haben sie auf den Straßen ein Bild aufgemalt, mit dem Finger vor dem Mund und dem Text: „Bitte die Nachbarn respektieren, leise sein!“ Allerdings auf Englisch, das ist hip, und jeder versteht es.

Wäre vielleicht auch für bestimmte Straßen in Freiburg, zum Beispiel die Reiterstraße oder den Seepark, eine Idee. **Bea Jöck, Freiburg**

### Leserfoto



**SCHAU MAL,** wer da krabbelt: Stefan Gihring hat diese Eidechse in seinem Garten entdeckt und schreibt dazu, dass sie sich dort offensichtlich sehr wohl fühlt. **LESERFOTO: STEFAN GIHRING**

### PALÄSTINA-DEMO

#### Das Recht auf Meinungsfreiheit bestätigt

Zum Bericht „Palästina-Demo auf dem Platz der Alten Synagoge“ und dem zugehörigen Kommentar in der Rubrik „Münstereck“ mit dem Titel „Der komplett falsche Ort“, beides in der Ausgabe der Badischen Zeitung vom 21. August.

Sechs Jahre nach dem schrecklichen Angriff auf Gaza im Jahr 2014 wissen wir, dass die Menschen in Gaza weiterhin unter harten Bedingungen und Gewalt leben. Wir finden es empörend, dass sich Palästinenserinnen und Palästinenser an das Verwaltungsgericht wenden mussten, um ihre Grundrechte in Anspruch nehmen, der Opfer von Krieg und Gewalt gedenken und gegen Menschenrechtsverletzungen protestieren zu können.

Deutsche Institutionen müssen anerkennen, dass die jüdischen Gemeinden nicht monolithisch sind und ihre Mitglieder unterschiedliche politische Meinungen haben. Offensichtlich fühlten sich Teile der jüdischen Gemeinde in Freiburg mit diesem Ereignis unwohl, und das ist ihr Recht. Dieses Unbehagen ist jedoch

kein Grund, die Grundrechte von Palästinensern und anderen Gruppen in Deutschland zu verletzen, sie zu zensieren und zum Schweigen zu bringen. Ironischerweise werden auch Juden und jüdische Organisationen durch Zensur und Verschweigen in ihrer Meinungsfreiheit in Bezug auf Palästina und die israelische Politik eingeschränkt. Wir begrüßen die Entscheidung des Gerichts, die das Recht auf Meinungsfreiheit bestätigt hat. Wir erinnern uns an alle Opfer des Angriffs auf Gaza und setzen uns weiterhin für ein Ende der Menschenrechtsverletzungen und für einen gerechten Frieden ein.

**Shir Hever, Heidelberg, Vorstandsmitglied im Verein „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“**

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Sie werden nur mit vollem Namen veröffentlicht. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht zur Kürzung vorbehalten.